

"Bin kein Anhänger Großer Koalitionen"

Interview des Bundesinnenministers Dr. Wolfgang Schäuble in "die presse", wien am 09.12.2006

DIE PRESSE: Ist die CDU nach dem Parteitag wieder im Lot?

SCHÄUBLE: Der Partei geht's gut. Die Debatte um den angeblichen Richtungsstreit in der Union war völlig überzogen. Eine Volkspartei muss etwa in der Frage des Arbeitslosengelds für ältere Arbeitnehmer unterschiedlicher Meinung sein. Das ist etwas ganz Normales. Das zeichnet eine offene Volkspartei aus.

DIE PRESSE: Die Position der Kanzlerin scheint jedenfalls gefestigt nach der Denkwahl ihrer Stellvertreter in der Partei.

SCHÄUBLE: Wir haben eine Kanzlerin, die nun ein Jahr im Amt ist. Da braucht man keine Nachfolgedebatte. Für mich ist Angela Merkel nicht gestärkt. Für mich hat sich bestätigt, dass sie stark ist. Ich habe immer gesagt: Sie muss sich gar nicht so viel um jedes Interview von jedem Landespolitiker kümmern. Die Partei hat klar gesagt: Die Leute sollen ihre Arbeit machen, loyal sein und nicht soviel Profilierung betreiben.

DIE PRESSE: Würden Sie ihren Parteifreunden in Wien reinen Herzens eine große Koalition empfehlen?

SCHÄUBLE: Die Parteifreunde in Wien wissen, das man Wahlergebnisse akzeptieren muss. [...] Aber Demokratie hat ganz viel damit zu tun, dass man, wenn der Wähler entschieden hat, in Respekt vor der Wahlentscheidung sagt: So, nun nehmen wir die Verantwortung wahr und versuchen das Beste daraus für unser Land zu machen. Das tun unsere Freunde in Österreich, da gibt's gar keinen Zweifel - Wolfgang Schüssel hat viel für Österreich geleistet. Und das tun wir auch. Wir werden bei der nächsten Wahl ganz engagiert darum kämpfen, dass wir die große Koalition nicht fortsetzen müssen. Aber bis dahin machen wir mit dieser Koalition - weil es keine andere gibt - möglichst viel Gutes für unser Land.

DIE PRESSE: Woran lag denn die Niederlage der ÖVP aus ihrer Sicht?

SCHÄUBLE: Die Globalisierung erzwingt politische Veränderung. Das ist vielleicht auch der Grund, warum eine so erfolgreiche Regierung wie die von Wolfgang Schüssel bei den Wahlen nicht so erfolgreich war. Irgendwo wehren sich die Menschen ein Stück weit dagegen. Trotzdem muss man seine Verantwortung wahrnehmen.

Und wenn ich mir das als Deutscher, als Nachbar, der sich natürlich für Österreich interessiert, erlauben darf: Die Regierung Schüssel hat für Österreich viel Gutes bewirkt. Das ist eine ungeheure Entwicklung, die das Land in den Jahren seit 1999 genommen hat.

DIE PRESSE: Was kann eine große Koalition denn an Großem leisten?

SCHÄUBLE: Sie kann das eine oder andere, wofür man Zweidrittel-Mehrheiten braucht, eher zustande bringen. Wir haben eine Föderalismusreform in diesem Jahr zustande gebracht, die in einer anderen politischen Konstellation kompliziert gewesen wäre. Die große Koalition hat in manchen Dingen große Probleme, weil die Vorstellungen der beiden Partner unterschiedlich sind. Das war bei der Gesundheitsreform so. Trotzdem haben wir eine

gemeinsame Lösung gefunden. Die große Koalition hat natürlich in ein paar Fragen eine Chance, Entscheidungen zu treffen, die der Bevölkerung schwer fallen, beispielsweise bei der Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Das kann eine große Koalition besser machen. Ich bin übrigens kein Anhänger großer Koalitionen.

DIE PRESSE: Sie waren immer offen für eine Kooperation mit den Grünen. Hat Schwarz-Grün eine Perspektive?

SCHÄUBLE: Ich habe immer die Auffassung vertreten, dass manche Themen - etwa die Erhaltung unserer Umwelt und das Engagement um Nachhaltigkeit - zutiefst Themen der Union sind. Da dürfen wir den Grünen nicht das Monopol überlassen. Daraus ergibt sich, dass man in solchen Fragen auch zusammenarbeiten kann, wenn es denn der Wähler so entscheidet. Die Grünen haben inzwischen auch ihre Vorurteile gegenüber der Union abgebaut. Wir haben im Moment aber anderes zu tun, als Koalitionsspekulationen zu betreiben. Das ist das Geschäft der Opposition.

DIE PRESSE: Sie waren auch ein Verfechter der Jamaika-Koalition (mit FDP und Grünen).

SCHÄUBLE: Die ist an den Grünen gescheitert. Damit ist die Sache für die Legislaturperiode erledigt. Die Politik macht einen großen Fehler, wenn sie sich immer nur mit Wahlen und Spekulationen über Koalitionsbildung beschäftigt. Das ist alle vier Jahre, und das reicht auch. Und dazwischen haben wir verdammt noch mal unsere Pflicht zu tun.

DIE PRESSE: Besteht nicht die Gefahr, dass Unions-Wähler wie bei der Bundestagswahl zur FDP abwandern, die sich sagen: Wir gehen lieber gleich zum Schmied und nicht zu Schmiedl?

SCHÄUBLE: Grundsätzlich ist das richtig. Wir stürzen uns aber nicht gleich in Verzweiflung, weil die FDP mal knapp über zehn Prozent in den Umfragen liegt. Je besser wir uns als Regierung machen, umso größer sind unsere Chancen. Dann müssen wir gar niemand die Stimmen wegnehmen, dann kommen die allein zu uns.

DIE PRESSE: Gibt es in Deutschland Angst vor dem großen Erwartungsdruck an die EU-Präsidentschaft? In Österreich hat die Präsidentschaft wenig gefruchtet, weil die Menschen eigentlich nicht so viel von der EU wissen wollen.

SCHÄUBLE: Österreich hat nach dem Urteil aller in Europa eine gute Arbeit geleistet. Dass die Erwartungen an die Präsidentschaft des größten Landes in Europa noch ein bisschen anders sind, dass man gelegentlich schon warnen muss vor überzogenen Erwartungen, ist wahr. Dass im Übrigen die Erwartungen an die Regierung von Angela Merkel deswegen so groß sind, weil unter der Vorgängerregierung Europa ziemlich gespalten und handlungsunfähig war, ist auch wahr.

DIE PRESSE: Sanktionen wird es aber wohl keine mehr geben, oder?

SCHÄUBLE: Die CDU war damals dagegen, und sie ist auch heute dagegen. Damals waren wir allein in Europa. Heute sind alle in Europa derselben Meinung. Also haben wir uns auch da durchgesetzt.

DIE PRESSE: Ist Deutschland ausreichend gegen den Terrorismus gewappnet?

SCHÄUBLE: Natürlich, wir sind bedroht vom internationalen Terrorismus - wie alle anderen auch. Hundertprozentige Sicherheit gibt's nicht. Das Menschenmögliche muss man tun. Wir lernen auch daraus. Die Erfahrungen mit den Kofferbombern haben wir zum Anlass genommen, die Mittel personeller und sachlicher Art für die Sicherheitsbehörden des Bundes zu verstärken, um die Gefahren des internationalen Terrorismus präventiv besser abzuwehren zu können, den Austausch und die Sammlung von Dateninformation verbessern. Wir haben das Gesetz für die Anti-Terror-Datei beschlossen. Wir haben einen guten Sicherheitsverbund in unserem föderalen System zwischen Bund und Ländern. Die Terrorbekämpfung konzentrieren wir in einem gemeinsamen Zentrum in Berlin. Da müssen auch die [.....]Islamismus-Experten des Bundesamts für Verfassungsschutz hin. Bei der Fußball-Weltmeisterschaft ist vorher auch viel geredet worden, was alles schiefgehen würde. Es hat aber alles wunderbar geklappt.

DIE PRESSE: Der Chef der Polizeigewerkschaft behauptet, es gebe in Deutschland 100 "Gefährder", deren Kontrolle nicht gewährleistet sei.

SCHÄUBLE: Wie viele "Gefährder" wir genau haben, wissen wir natürlich nicht. Die zwei, die die Kofferbomben gelegt haben, haben wir nicht gekannt. In der Demokratie ist es immer auch eine Gratwanderung. Ich kämpfe ja sehr dafür, dass die Polizei die notwendigen Instrumente rechtlicher wie tatsächlicher Art hat, um frühzeitig die Vernetzung von Informationen zu erkennen. Man muss dann in der politischen Debatte über Datenschutz und das Recht auf "Privacy" streiten. Das ist immer ein Abwägungsprozess, jeden Tag aufs Neue. Wir kommen gut voran. Die Einsicht wächst, dass Freiheit und Sicherheit keine Gegensätze sind, sondern sich gegenseitig bedingen.

DIE PRESSE: Nach wie vor umstritten ist der Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Ist das nicht eine Luxusdebatte?

SCHÄUBLE: Wir haben eine klare Koalitionsvereinbarung. Gefahren aus der Luft abwehren, kann nur die Bundeswehr; Gefahren von der See abwehren, kann nur die Marine. Dafür müssen die verfassungsrechtlichen Grundlagen geschaffen werden. Das ist auch notwendig. Gerade wenn es keinen hundertprozentigen Schutz gibt, darf man den möglichen Schutz nicht verweigern.

DIE PRESSE: Ist Deutschland seit dem Irak-Krieg stärker ins Fadenkreuz des Terrors gerückt?

SCHÄUBLE: Wir sind Teil des weltweiten Gefahrenraums. Manche haben die Illusion genährt, weil wir am Irak-Krieg nicht unmittelbar beteiligt waren, seien wir weniger gefährdet als andere. Das ist Unsinn. Der internationale Terrorismus ist eine Bedrohung für die ganze zivilisierte Welt, und der können wir nur gemeinsam entgegentreten.

DIE PRESSE: Warum tut sich Deutschland mit der Integration so schwer?

SCHÄUBLE: Wir haben Integrationsdefizite, ähnlich wie in allen anderen europäischen Ländern. In Deutschland hat man geglaubt, das sei ein Problem, das sich von alleine löse. Man hat am Anfang ja nicht geglaubt, dass die "Gastarbeiter" auf Dauer bleiben. Sie selbst hatten gar nicht die Absicht. Und jetzt haben wir das Problem, dass die zweite und dritte Generation viel schlechter integriert sind. Wir sehen das seit Ende der 90er Jahre. Leider haben wir das Unglück von sieben Jahren rot-grüner Regierung gehabt. Die Regierung Merkel

hat von der Regierungserklärung angefangen klar gesagt, dies ist ein Schwerpunkt unserer Politik. Wir tun das sehr konsequent. Und es wird auch besser.

DIE PRESSE: Sie haben ja für die Islamkonferenz Lob von allen Seiten geerntet.

SCHÄUBLE: Die Beziehungen zum Islam sind ein spezifisches Problem innerhalb der allgemeinen Integrationsproblematik. Die müssen verbessert und auf eine institutionelle Plattform gestellt werden.

Das Gespräch führten THOMAS VIeregge.